



Sophia Marie Nispel

Mietpreisregulierung und Verfassungsrecht

Insbesondere zur Frage eines gesetzlichen Mietensstopps

Schriften zum Öffentlichen Recht, Band 1510

207 Seiten, 2023

ISBN 978-3-428-18901-4, geb., € 69,90*

Alle Informationen zum Titel: www.duncker-humblot.de/9783428189014

Gegenstand der Arbeit sind verfassungsrechtliche Fragen zur Mietpreisregulierung. Zunächst werden die historische Entwicklung des Mietpreisrechts sowie die aktuelle Rechtslage im Bereich der Miethöhenregulierung dargelegt. Die Arbeit zeigt sodann die Reformbedürftigkeit der Mietpreisbremse auf. In einem ersten Schwerpunkt wird die Gesetzgebungskompetenz für das öffentliche Mietpreisrecht untersucht. Ausgangspunkt dieser Untersuchung sind Bestrebungen zur Etablierung von Mietpreisrecht auf Landesebene, insbesondere der Berliner Mietendeckel. Zentral für die Einordnung ist der Mietendeckel-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts. Dieser wird in der Arbeit analysiert und kritisch bewertet. Sie beleuchtet zudem die Vereinbarkeit eines gesetzlichen Mietensstopps mit Grundrechten. Hier werden vor allem die eigentumsverfassungsrechtlichen Grenzen aus Art. 14 I GG für einen Mietensstopp erarbeitet. Am Ende wird ein konkreter gesetzlicher Umsetzungsvorschlag unterbreitet.

Ausgezeichnet mit dem Promotionspreis auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts des Fachbereichs Rechtswissenschaften der Philipps-Universität Marburg.

Inhalt

- 1. Einleitung:** Entwicklung auf dem Wohnungsmarkt — Fragestellung
- 2. Historische Entwicklung des Mietpreisrechts:** Entwicklung vor und während des Ersten Weltkrieges — Weimarer Republik — Nationalsozialismus – Die Preisstoppverordnung — Die Nachkriegsjahre
- 3. Die aktuelle Rechtslage im Bereich der Miethöhenregulierung:** Regelungen im Bereich des Straf- und Ordnungswidrigkeitenrechts — Regelungen zur Miethöhe im Bürgerlichen Gesetzbuch
- 4. Landesrechtliches Mietpreisrecht an den Beispielen Berlin und Bayern:** Bayerisches Volksbegehren — Berliner Mietendeckel — Unterschiedliche Konzeptionen – Berlin und Bayern?
- 5. Gesetzgebungskompetenz für das öffentliche Mietpreisrecht:** Der Grundsatz des Art. 70 GG — Die ausschließliche Gesetzgebung nach Art. 71, 73 GG — Die konkurrierende Gesetzgebung nach Art. 72, 74 GG — Das Mietpreisrecht im grundgesetzlichen Gesetzgebungsgefüge
- 6. Vereinbarkeit eines Mietensstopps mit Grundrechten:** Untersuchungsgegenstand — Vereinbarkeit eines Mietensstopps mit Art. 14 GG — Vereinbarkeit eines Mietensstopps mit Art. 12 I GG — Vereinbarkeit eines Mietensstopps mit Art. 2 I GG — Vereinbarkeit eines Mietensstopps mit Art. 3 I GG — Ergebnis — Rechtstechnische Umsetzung eines Mietensstopps
- 7. Gesamtfazit / Ausblick**

Anhang: Entwurf eines Gesetzes über die Begrenzung der Miethöhe in Bayern

Literatur- und Sachverzeichnis